

Wie viel Salz soll die Innerste vertragen?

Verwaltung plant „deutlich schärfere Grenzwerte als in Hessen“ – doch Kritiker stellen in Frage, ob überhaupt Lauge in den Fluss muss

VON TAREK ABU AJAMIEH

GIESEN/AHRBERGEN. Wie viel Salz darf in die Innerste geleitet werden? Darf der Konzern K+S bei Giesen einen zweiten Kaliberg aufschichten? Darüber gab es gestern eine teilweise scharfe Diskussion im Kreistags-Fachausschuss. Dabei lagen die Positionen der Verwaltung und einiger Politiker weit auseinander.

Wie berichtet sieht die Kreisverwaltung bislang „keine zwingenden Gründe“, K+S die beantragte Einleitung von Salzabwasser in die Innerste zu verbieten – und ohne „zwingende Gründe“ ist laut Landesregierung ein Verbot nicht möglich. DDr CDU-Abgeordnete Friedhelm Prior beurteilte das freilich völlig anders – ein Nein sei Pflicht.

Die Kreisverwaltung plant zeitlich gestaffelte Grenzwerte, und zwar jeweils in Zweier-Kombinationen. Bis zum Beginn des Abbaubetriebs soll K+S 200 000 Kubikmeter Salzabwasser pro Jahr einleiten dürfen. An einer Messstelle in Ahrbergen dürfen bis zu 400 Milligramm Chlorid pro Liter Wasser vorkommen – das sind die Werte, die auch jetzt schon gelten. In der sogenannten Vorbetriebsphase sinken die Grenzwerte demnach auf 194 000 Kubikmeter pro Jahr respektive 300 Milligramm pro Liter. Im eigentlichen Betrieb soll es noch deutlich weniger werden – 119 000 Kubikmeter und nur noch eine Konzentration von 200 Milligramm pro Liter an der Messstelle.

Außerdem will der Kreis noch Grenzwerte für Kalium und Magnesium sowie

zumindest einen Orientierungswert für Sulfat festlegen: „Wir wollen mehr Parameter, an denen wir feststellen können, wie stark die Innerste belastet wird – und bei denen wir einschreiten können, wenn sie überschritten werden“, sagt Umweltdezernent Helfried Basse.

Er hält die Werte für durchaus rigide: „An der Werra sind 2500 Milligramm pro Liter erlaubt“, erklärt er mit Blick auf das umstrittene hessische Kalirevier. „Das sind ganz andere Dimensionen!“ Zudem hatte K+S für den Regelbetrieb 250 Milligramm pro Liter beantragt, der Kreis will darunter bleiben.

Die Kritiker überzeugt das nicht. Die Bürgerinitiative Giesen Schacht verwies gestern auf eine aktuelle Stellungnahme des Naturschutzbeirates Kassel, der die

politisch Verantwortlichen in Hessen auffordert, Umweltbelange wichtiger zu nehmen und konsequenter neue, weniger belastende Verfahren zur Entsorgung von Rückständen aus dem Kaliabbau einzufordern. Der Umweltschutzverband BUND forderte Chlorid-Grenzwerte zwischen 40 und 90 Milligramm.

CDU-Mann Prior verwies darauf, die zweite Kalihalde, durch die zusätzliches Salzabwasser entstehe, sei nicht mehr „Stand der Technik“ und berief sich dabei auf Niedersachsens Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne). Sogar der erste Kaliberg sei abzutragen. Wenzel hatte laut Homepage seines Ministeriums allerdings offiziell nur gesagt, ein neues Verfahren müsse Stand der Technik werden – nicht aber, dass es das schon ist.

Zudem erinnerte Prior an das „Verschlechterungsverbot“ der EU für Gewässer. Aktuell würden laut Aufstellung des Landkreises nur etwa 100 000 Kubikmeter Salzlauge pro Jahr in der Innerste landen. „Wenn K+S die Erlaubnis ausschöpft, wird es das Doppelte – das ist ja wohl eine Verschlechterung.“

Am 7. Juni will die Kreisverwaltung ihren endgültigen Entwurf für die Erteilung – oder Ablehnung – der sogenannten wasserrechtlichen Erlaubnis vorlegen. Dann wird noch diskutiert, ob Landrat Reiner Wegner oder der Kreistag das letzte Wort darüber hat. Frühestens im August soll die Entscheidung stehen. Die wasserrechtliche Erlaubnis ist ein entscheidender Bestandteil der Genehmigung des Kaliabbaus insgesamt.